

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 41 (1994)
Heft: 11-12

Artikel: Revision der Zivilschutzverordnung
Autor: Münger, Hans Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ergebnisse der Vernehmlassungen zur

Revision der Zivilschutzverordnung

JM. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat uns folgende Ergebnisse der Vernehmlassungsverfahren vom April bis Anfang Juli 1994 zur Totalrevision der Zivilschutzverordnung (ZSV-E) und der Teilrevision der Schutzbautenverordnung (BMV-E) zukommen lassen (Text leicht gekürzt):

Ausgangslage

Grundsätzliches:

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat mit Schreiben vom 14. März 1994 Kantone, politische Parteien sowie interessierte Organisationen und Verbände eingeladen, im Rahmen eines bis zum 8. Juli 1994 befristeten Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu einer totalrevidierten Zivilschutzverordnung und zu einer teilrevidierten Schutzbautenverordnung zu nehmen. Neben den Behörden (Bundesgericht, Eidgenössisches Versicherungsgericht, kantonale Regierungen) und den im Parlament vertretenen politischen Parteien sind 41 am Zivilschutz direkt oder indirekt interessierte Organisationen und Verbände zur Vernehmlassung eingeladen worden. Von den insgesamt 84 Adressaten sind 60 Stellungnahmen eingegangen.

Das Ergebnis der Vernehmlassung ist im vorliegenden Bericht zusammengefasst. Er beschränkt sich auf die hauptsächlichsten Bemerkungen, Anträge und Kritiken. Die vollständigen Stellungnahmen befinden sich beim Bundesamt für Zivilschutz und können dort eingesehen werden.

Die Revisionsvorlage fusst auf dem totalrevidierten Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 17. Juni 1994 und dem teilrevidierten Schutzbautengesetz (BMG) mit den Änderungen vom 17. Juni 1994.

Beteiligt haben sich am Vernehmlassungsverfahren das Bundesgericht, das Eidgenössische Versicherungsgericht, 25 Kantone, 9 Parteien und 24 interessierte Verbände und Organisationen.

Vernehmlassungen

Allgemeine Bemerkungen:

Die beiden Verordnungsentwürfe sind praktisch ausnahmslos als gut bis sehr gut beurteilt worden. Wiederholt wurde der Vergleich mit dem totalrevidierten Zivilschutzgesetz (ZSG) und dem teilrevidierten Schutzbautengesetz (BMG) gezogen und begrüsst, dass – wie die beiden Gesetze –

die beiden Verordnungsentwürfe durch eine klare Gliederung, durch Kürze und Prägnanz überzeugen. Lediglich die SPS und die GPS äusserten sich zurückhaltend und wiederholten ihre grundsätzlichen Einwände, die sie im Vernehmlassungsverfahren zum totalrevidierten Zivilschutzgesetz und zum teilrevidierten Schutzbautengesetz vorgebracht hatten.

Vernehmlassungen zum ZSV-E:

Im Bereich der Information wurde vorgeschlagen, das Mitteilungsblatt des Zivilschutzes in «Amtliches Publikationsorgan» umzutauften, um ihm einen grösseren Stellenwert zu verschaffen (LU, SZ, ZG, SZSV).

Bedauert wurde in bezug auf die Alarmierungszeichen, dass es nicht gelungen sei, deren Anzahl herabzusetzen. Die Erfahrung zeige, dass die Bevölkerung nicht mehr als zwei Zeichen im Gedächtnis behalten bzw. unterscheiden könne (BE, GE, Ostschweiz, ZH, LPS). Vorgeschlagen wurde, den Bereich der Alarmierung in einer besonderen Verordnung zu regeln, da trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht Schnittstellen und Verantwortlichkeiten ungeklärt blieben. Im weiteren wurde beantragt, Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung nicht nur über das Radio, sondern auch über das Fernsehen zu verbreiten bzw. die alleinige Pflicht des Radios zur Alarmie-

rung zu relativieren (AG, LU, TI, SFV, VKF, AIRPC).

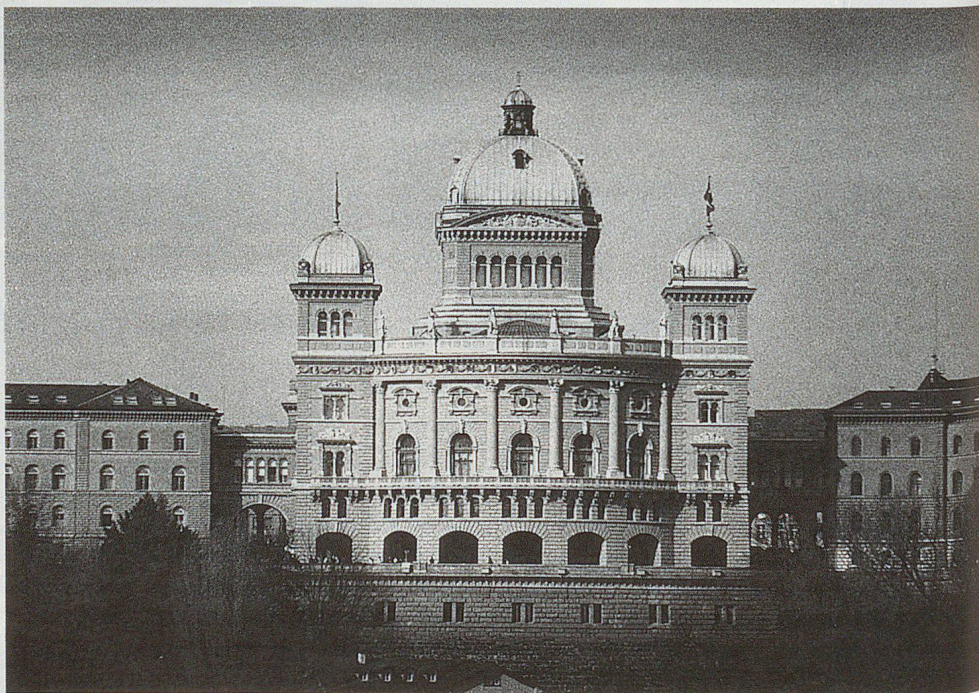
Im vierten Kapitel sollte nicht nur das Aufgebot durch den Bundesrat geregelt werden, da zur Katastrophen- und Nothilfe die Schutzdienstpflichtigen auch durch die Kantone und Gemeinden aufgeboden werden könnten (GL, LU, NW, SZ, UR). Zudem sei als Voraussetzung für die Einrückungspflicht das Kriterium der «Reisefähigkeit» aufzunehmen (GL, LU, OW, SZ, UR).

Hinsichtlich des Einteilungsverfahrens wurde bemängelt, dass Personen, die freiwillig Schutzdienst leisten wollen, keinen Anspruch auf Einteilung hätten. Beantragt wurde auch, eine Einteilung in eine andere Funktion als Umteilung zu bezeichnen (AG, BL, BS, GL, LU, SZ, ZG, SSV, FGV).

Bei den Gründen für einen Ausschluss von der Schutzdienstleistung verlangen SPS und GPS den Verzicht auf das Kriterium der 30 Tage unbedingter Freiheitsstrafe.

Mehrfach wurde im weiteren die Befürchtung geäussert, dass Schutzdienstleistende in bezug auf den Militärpflichtersatz schlechter gestellt seien als Feuerwehrangehörige (AG, BS, BE, LU, TI, ZH, SSV, SFV, VKF).

Mit Nachdruck wurde auch gefordert, Ausbildungsdienste seien rechtzeitig im voraus anzukündigen und auf unangekündigte Aufgebote zu verzichten oder sie äusserst restriktiv zu handhaben, da die Wirtschaft durch Abwesenheit von Personal di-



rekt betroffen sei und namentlich kleinere Betriebe vor ernsthafte Probleme gestellt werden könnten (Vorort, SSV, GPS).

Im Bereich der Zusammenarbeit in der Ausbildung mit anderen Partnern wurde zudem beantragt, auch den Kantonen einen gewissen Spielraum zuzugestehen (GL, LU, NW, OW, SZ, UR, ZG, SFV, VKF).

Im weiteren sei es hauptamtlichen Instruktoren zu ermöglichen, ein Pensum mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 100% zu übernehmen, was im heutigen Arbeitsbereich gang und gäbe sei (BS, BE, LU, Ostschweiz, ZH, SSV).

In bezug auf das Zivilschutzmaterial wurde gewünscht, die Eigentumsverhältnisse klar zu regeln (LU, Ostschweiz, TI, ZH).

Von seiten einiger Kantone wurde beantragt, ihnen ein Mitspracherecht bei der Verwendung von Anlagen durch Dritte zu gewähren (Ostschweiz, ZH).

Schliesslich sollte nach Ansicht einer Reihe von Vernehmlassern die PTT ihre Leistungen für die Vorbereitung und Schaltung des Zivilschutz-Netzes zu gleichen Ansätzen wie für die Armee verrechnen. Eine ungleiche Behandlung zweier Partner mit gleichen Aufgaben, auf Verfassung und Bundesgesetzen basierend, sei stossend und zu eliminieren (AG, GL, LU, NW, UR, ZG, SZSV).

Vernehmlassung zum BMV-E:

Im baulichen Bereich wurde die angestrebte Reduktion der künftig noch zu realisierenden Schutzplätze durchwegs begrüsst.

Die GPS indessen beantragte die Streichung aller Bestimmungen, die eine Schutzraumbaupflicht beinhalten, und deren Ersatz durch eine Moratoriumsklausel.

Bemängelt wurde die Bestimmung über

die unabhängige Nutzung von Anbauten als ein Kriterium für die Schutzraumbaupflicht, da dies in der Praxis zu Schwierigkeiten führen könnte (AG, GL, LU, NW, OW, SZ, UR, ZG, LPS, USPI, FRI, Syndicats).

Einige Vernehmlasser befürworteten eine Ausweitung der Möglichkeiten zur Verwendung der Ersatzbeiträge (AG, BL, BS, GE, GL, Ostschweiz, SSV, S Gd V).

Zahlreich waren auch die Eingaben, die eine andere Beitragsregelung für die Errichtung von öffentlichen Schutzräumen in abgelegenen Gemeindeteilen forderten (BE, GL, Ostschweiz, LU, NW, OW, SZ, SO, UR, ZG, ZH).

Schliesslich wurde von einzelnen Vernehmlassern beantragt, die Frist für die Aus- bzw. Nachrüstung bestehender Schutzräume zu verlängern oder aber auf eine Fristansetzung zu verzichten (GL, SZ, UR, HEV, FRI, S Gd V). ■

Résultats de la consultation organisée à propos de la

Révision de l'ordonnance sur la PCi

JM. Le Département fédéral de justice et police vient de nous faire parvenir les résultats des procédures de consultation d'avril au début juillet 1994 sur les projets de révision totale de l'ordonnance sur la protection civile (projet/OPCi) et de révision partielle de l'ordonnance sur les constructions de protection civile (projet/OCPCi). Le texte a été légèrement abrégé.

Situation initiale

Généralités:

Par lettre du 14 mars 1994, le Département fédéral de justice et police a invité les cantons, les partis politiques ainsi que les organisations et associations intéressées à se prononcer, dans le cadre d'une procédure de consultation qui s'est terminée le 8 juillet 1994, sur les projets de révision totale de l'ordonnance sur la protection civile et de révision partielle de l'ordonnance sur les constructions de protection civile. Outre les autorités (Tribunal fédéral [TF], Tribunal fédéral des assurances [TFA] et gouvernements cantonaux) et les partis politiques représentés au Parlement, 41 organisations et associations concernées par des questions ayant un rapport direct ou indirect avec la protection civile ont été

consultées. Des 84 institutions contactées, 60 ont pris position sur les projets de révision qui leur ont été soumis.

Le résultat de la procédure de consultation figure de manière condensée dans le présent rapport. Celui-ci se limite aux principales remarques, suggestions et critiques qui ont été faites. Les prises de position détaillées peuvent être consultées auprès de l'Office fédéral de la protection civile.

Les projets de révision des ordonnances susmentionnées se fondent sur la révision totale de la loi sur la protection civile (LPCi) du 17 juin 1994 et sur la révision partielle de la loi sur les constructions de protection civile (LCPCi) du 17 juin 1994.

Le Tribunal fédéral, le Tribunal fédéral des assurances, 25 cantons, 9 partis politiques et 24 associations et organisations concernées ont pris part à la consultation.

Consultation

Remarques générales:

Les deux projets de révision ont reçu un bon, voire très bon accueil de la part de la quasi-totalité des institutions qui se sont prononcées. Celles-ci se sont félicitées de la clarté, de la précision et de la concision que présentent ces deux projets de révision, à l'instar des projets de révision totale de la loi sur la protection civile (LPCi) et de révision partielle de la loi sur les

constructions de protection civile (LCPCi). Seuls le PSS et le PES ont émis les réserves de fond qu'ils avaient déjà exprimées lors de la procédure de consultation relative aux projets de révision totale de la loi sur la protection civile et de révision partielle de la loi sur les constructions de protection civile.

Projet d'ordonnance sur la protection civile:

Dans le domaine de l'information, l'USPC et trois cantons (LU, SZ, ZG) suggèrent de mettre en valeur la Feuille officielle de la protection civile en modifiant son appellation allemande. Ils proposent donc de remplacer le titre de «Mitteilungsblatt des Zivilschutzes» par «Amtliches Publikationsorgan».

Quant aux signaux d'alarme, certains regrettent qu'il n'ait pas été possible d'en réduire le nombre. Pour le PLS et quelques cantons (BE, GE, Suisse orientale, ZH), l'expérience a montré que la population n'est pas en mesure de différencier plus de deux signaux d'alarme, ni d'en retenir la signification. Il conviendrait donc de régler cette question par ordonnance, ce qui permettrait du même coup de mieux définir le partage des compétences et des responsabilités en la matière. Les compétences et responsabilités demeurent en effet imprécises malgré les améliorations